

**Im WEF**



**Voll-Profi**

Der Bündner Polizei-Kommandant Walter Schlegel geht bereits in sein achttes WEF. Doch er ist noch immer angespannt. Zu viel Routine wäre gefährlich, sagt er.

von Trump, der nach dem WEF 2018 an den Bündner Polizei-Kommandanten ging. Darin bedankt sich der Präsident für die gewährte Sicherheit. **Aktuell soll es wieder eine Anti-WEF-Demo in Davos geben.** Klimaaktivisten wollen während drei Tagen von Landquart durchs Prättigau nach Davos wandern und dort am 21. Januar rechtzeitig zum Forumsauftakt eintreffen. Ebenso kündigte Greta Thunberg (17) – das Aushängeschild der Bewegung Fridays for Future – ihren Besuch an, was wohl weitere Demonstranten anzieht. Die Polizei bleibt aber gelassen. «Wir erwarten eine friedliche Kundgebung», so Schlegel. Bereits vergangene Woche in Luzern hätten die Klimaaktivisten gewaltfrei demonstriert.

**NEWS**

**UPC-Chefin Pascu nimmt den Hut**

**Zürich** – Nach der geplatzten Fusion von UPC mit der Telekomfirma Sunrise kommt es auch bei der grössten Kabelnetzbetreiberin der Schweiz zu einem Chefwechsel: Severina Pascu (49) übergibt die Geschäftsführung von UPC Schweiz Anfang Februar an Baptiest Coopmans. Die Pascu wechselt zu Virgin Media, der grössten Tochtergesellschaft der UPC-Besitzerin Liberty Global.

**Airbnb zieht Tourismusabgaben ein**

**Freiburg** – Gleich lange Spiesse für Airbnb und Hotels. Die Buchungsplattform zieht ab Februar bei Buchungen im Kanton Freiburg Tourismusabgaben ein. Sie betragen zwei bis drei Franken pro Nacht und pro Person. Das hat Airbnb mit dem Freiburger Tourismusverband vereinbart. Damit habe Airbnb den siebten solchen Vertrag in der Schweiz abgeschlossen, teilte das Unternehmen mit.

**Kündigungs-Initiative am 17. Mai an der Urne**

**Bern** – Am 17. Mai stimmt die Schweiz über drei Vorlagen ab: Die Kündigungs-Initiative der SVP will die Personenfreizügigkeit mit der EU streichen. Das Jagdgesetz lockert beispielsweise den Schutz des Wolfs. Neu soll er abgeschossen werden können, auch wenn er keinen Schaden angerichtet hat. Die Erhöhung der Kinderabzüge steht ebenfalls zur Debatte. Weil davon vor allem Topverdiener profitieren würden, hat die SP das Referendum ergriffen.

**Umweltkommission will Flugticketabgabe**

**Bern** – Nach dem Ständerat ist auch die Umweltkommission des Nationalrats für eine Flugticketabgabe. Auf Flugtickets für kommerzielle Passagierflüge ab der Schweiz soll eine Abgabe zwischen 30 und 120 Franken erhoben werden, je nach Reisedistanz und Klasse. Für Privatjet-Flüge soll eine Abgabe von bis zu 5000 Franken fällig werden.

**BÖRSEN & DEVISEN**

SMI	10674.3 (+0.2%)
DOW JONES	29030.9 (+0.3%)
EURO/CHF	1.08
USD/CHF	0.96
GOLD	48 043 Fr./kg
ERDÖL	63.93 \$/Fass

**So viele Reiche**

Nationalrat und Präsident Wohnbaugenossenschaften Schweiz, ist es denn auch «kein Problem, dass nicht nur Ärmere von günstigen Genossenschaftswohnungen profitieren». Die allermeisten Genossenschaftswohnungen würden keine Subventionen erhalten. **«Die Genossenschaften sind folglich nur ihren Mietern und sonst niemandem verpflichtet.»** Genossenschaftswohnungen seien keine von Städten oder Gemeinden subventionierten Wohnungen. Sondern selbsttragend, aber nicht gewinnorientiert. Und deshalb die beste Wohnform, so Schelbert. Bei jenen Wohnungen, die indirekt durch den Staat unterstützt werden – durch ein vergünstigtes Baurecht oder zinsgünstige Kredite –, würden sich Genossenschaften zu Gegenleistungen für die Allgemeinheit

verpflichten, so Schelbert weiter. «Etwa mit vergünstigten Wohnungen für untere Einkommensklassen. Oder dem Auftrag, eine Kinderkrippe zu eröffnen.» Selbst für GLP-Nationalrat Roland Fischer (54) vom Nein-Komitee der Mieter-Initiative ist es «kein Problem, dass in selbsttragenden Genossenschaften, die nicht mit staatlichen Geldern unterstützt werden, auch Gutverdienende wohnen». Der Bundesrat rechnet bei einem Ja zur Initiative am 9. Februar mit jährlichen zusätzlichen Ausgaben von 120 Millionen Franken. **«Wenn die Förderung derart ausgebaut werden soll, müsste sichergestellt werden, dass nur jene stärker in den Genuss einer günstigen Wohnung kommen, die es wirklich nötig haben,»** findet er jedoch. NICOMENZATO

**Keine Transparenz für Sparer**

**Banken geben Negativzinsen durch die Hintertür weiter**

Den Brief aus Bern hat Bankkundin Sonja Graf\* letzten November erhalten. Daraus ging hervor: Ihre Hausbank **Postfinance senkt die Schwelle für die Negativzinsen auf Privat- und Sparkonten per 1. Dezember** von 500 000 auf 250 000 Franken.

Mit solchen Hiobsbotschaften sind hierzulande immer mehr Bankkunden konfrontiert. Wie die Postfinance verwenden die Banken den schönfärbischen Begriff Guthabengebühren statt Negativzinsen. Ebenfalls typisch: **Federn lassen müssen wie bei Postfinance Kunden, die ausser einem Sparkonto keine weiteren Dienstleistungen beziehen.**

Wer sich aber weitere Bankprodukten wie etwa Fonds oder Hypotheken kauft, dem wird der Negativzins erlassen. Ein Kuhhandel oder eine milde Form von Erpressung – je nach Auffassung.

Da Kundin Graf 260 000 Franken auf dem Konto hatte, musste sie beim Negativzins von 1 Prozent der Postfinance mit jährlichen Strafgebühren rechnen. In ihrem Fall ist das zwar nur 100 Franken, da die ersten 250 000 «gratis» sind. **Doch dafür zahlen zu müssen, dass man der Bank sein Geld geben darf, bereitet vielen Sparern Bauchschmerzen.** Denn eigentlich möchten sie, dass ihr Geld Rendite abwirft. Weil die Schweizerische Nationalbank (SNB) nicht vor der Europäischen Zentralbank (EZB) aus den Negativzinsen aussteigen kann, wird sich an der deprimierenden Situation so schnell nichts ändern – das Ersparte schmilzt von Jahr zu Jahr.

Graf transferierte deshalb 30 000 Franken auf ihr Privatkonto bei der Zürcher Kantonalbank (ZKB). «Die ZKB wird wohl nicht so schnell auf den Negativzinszug aufspringen», dachte sie. Doch sie hat sich geirrt. Anfang Dezember führte die ZKB je nach Kundenbeziehung Negativzinsen ab 100 000 Franken ein. Obwohl sie etwas über 100 000 Franken auf dem Konto hatte, sagte ihr Kundenberater, sie sei derzeit nicht davon betroffen. Doch wie lange noch?

**Die Suche nach Banken, die keine Strafzinsen abzwacken, gestaltet sich für Kundinnen und Kunden immer schwieriger.** Zwar sind die Schwellenwerte für Negativzinsen bei Gross- und Privatbanken schon länger bekannt. Doch von den Retail-



Rund 2500 Kundenkonten der Zürcher Kantonalbank werden mit Negativzinsen belastet.



Je nach Kundenbeziehung erhebt die Berner Kantonalbank ab Kontohöhe von 1 Million Franken Negativzinsen.



Wer bei der Postfinance nur ein Sparkonto hat, zahlt bei einem Kontostand ab 250 000 Franken Negativzinsen.



Immer mehr regionale Raiffeisenbanken führen Negativzinsen ein – auch wenn die Zentrale davon abräät.

Banken legten nur vereinzelte wie die Graubünden Kantonalbank (Schwelle 250 000 Franken) ihr Regime offen.

Dennoch ist es für betroffene Kunden kaum mehr möglich, den Negativzinsen bei einer anderen Bank zu entkommen. Kein Institut verzichtet ganz auf Negativzinsen für Privatkunden, wie eine BLICK-Umfrage bei allen grösseren Geldhäusern

Bankkunden müssen in nächster Zeit mit einem Brief rechnen, wie ihn Graf erhalten hat. Denn es ist klar: **Die Banken bauen den Anteil der mit Negativzinsen belegten Kunden stetig aus, auch wenn die meisten das nicht laut sagen würden.**

Die Transparenz der Luzerner Kantonalbank ist eine Ausnahme. «Wir rechnen damit, dass



Aus Sicht des Beraters Adriel Jost von Wellershoff & Partners sind die Negativzinsen der Banken richtig.



Für Wirtschaftsrechtler Peter V. Kunz riecht die Art und Weise der Einführung der Negativzinsen nach Absprache.

zeigt. **Bei der Luzerner Kantonalbank müssen bisher 0,4 Prozent (1300) von 300 000 Kunden Negativzinsen zahlen. Bei der ZKB sind es rund 2500.**

Gefeit sind auch Raiffeisen-Kunden nicht. Zwar empfiehlt die Zentrale ihren Genossenschaftsbanken, keine Negativzinsen auf Sparvermögen Privater zu erheben. Doch einzelne Genossenschaften sagen, dass sie bei Vermögen über 1 Million Franken, besonders bei Neukunden, allenfalls Negativzinsen erheben. Die Raiffeisenbank Winterthur ergänzte über Nacht ihre allgemeinen Geschäftsbedingungen mit der Möglichkeit, «Negativzinsen einseitig auf Kundeneinlagen einzuführen». Dies berichtete das Portal «Inside Paradeplatz».

sich die Zahl der Vereinbarungen mittelfristig von heute 0,4 Prozent in Richtung 1 und dann 2 Prozent bewegen dürfte», sagt LUKB-Sprecher Daniel von Arx.

Mit ihren individuellen Bestimmungen ist die Negativzinspolitik der LUKB aber genauso wenig transparent wie die der Konkurrenz.

Bei der St. Galler Kantonalbank steht immerhin im Kleingedruckten: «Abhängig von der Höhe der Guthaben kann eine Guthabengebühr (Negativzins) belastet werden.» Doch was am Ende die Kriterien dafür sind, bleibt auch bei der SGKB geheim.

Ökonom Mathias Binswanger (57) von der Fachhochschule Nordwestschweiz sagt: «Die Bedingungen für die Erhebung von

Negativzinsen sollten transparent sein – ebenso wie die Gebühren.» Das sei bis heute zu wenig der Fall. Er ist der Meinung, die Banken hätten es gar nicht nötig, Privatkunden Negativzinsen abzuwickeln.

Anderer Ansicht ist Adriel Jost (34). Aus Sicht des Beraters von Wellershoff & Partners sind die Negativzinsen der Banken richtig. **«Es wäre fahrlässig, wenn eine Bank Kunden behält, mit denen sie insgesamt Geld verliert,»** sagt der Ökonom.

Dem pflichtet Wirtschaftsrechtler Peter V. Kunz (54) bei. Allerdings sehe er ein juristisches Problem, das bis anhin vernachlässigt würde. Wenn sich alle Banken gleich verhalten und Negativzinsen einführen, entweder durch Absprache oder sonstige Abstimmung («Gentlemen's Agreement»), könnte es kartellrechtliche Probleme geben.

«Denn damit spielen die Banken eine gemeinsame Marktmacht aus und blockieren den Wettbewerb», sagt Kunz. **Die Wettbewerbskommission und die Finanzmarktaufsicht sollten dieses Thema anschauen, meint er.**

Kundin Graf beschloss sich, einen Teil des Geldes bei der Postfinance präventiv in Wertpapiere anzulegen. Kein Zufall: Die Bank hatte extra ein befristetes Angebot mit tiefen Anlagekommissionen für Kundinnen wie sie. «Eigentlich habe ich eine Partnerschaft vertieft, die ich gar nie wollte», sagt sie desillusioniert. CLAUDIA GNEHM

\*Name von der Redaktion geändert

**Ökonom hält Strafgebühren für unnötig**

**Das Jammern der Banken über Negativzinsen ist aus mehreren Gründen fragwürdig.** Zwar zahlen die Banken der Nationalbank seit der Einführung der Strafzinsen vor rund fünf Jahren etwas, wenn sie bei ihr Geld parkieren. **Doch jede Bank hat einen Freibetrag, auf den sie der Nationalbank keine Strafzinsen von 0,75 Prozent zahlen müssen.**

Manche Banken nutzen den Freibetrag nicht selber, sondern für die profitable aktive Bewirtschaftung – etwa um kurzfristige Geldanlagen Dritter zu parkieren.

Ökonom Mathias Binswanger (57) von der Fachhochschule Nordwestschweiz sieht derzeit keinen triftigen Grund, wieso Kunden neben Kontogebühren auch noch Negativzinsen zahlen sollten. Kommt hinzu: Seit Anfang November letzten Jahres mussten Banken aufgrund einer Anpassung der Freibeträge deutlich weniger Negativzinsen an die SNB bezahlen.

Nach Binswangers Berechnung sanken dadurch die jährlichen

Negativzinszahlungen der Banken an die SNB von bisher etwa 2 auf 1 Milliarde Franken. «Das ist eine starke Entlastung», sagt er. Die Anpassung habe für die Banken etwa den gleichen Effekt, wie wenn die SNB den Negativzins auf -0,4 Prozent und damit



Professor für Volkswirtschaftslehre an der Fachhochschule Nordwestschweiz: Mathias Binswanger.

auf das Niveau der Europäischen Zentralbank angehoben hätte.

**Sowieso sei es nur die halbe Wahrheit, wenn die Banken die Negativzinsen für ihre Kunden mit ihren Zinszahlungen an die SNB begründen.** «Der 2019 gestiegene finanzielle Druck auf die Banken rührt vielmehr von der zunehmenden Konkurrenz auf dem hart umkämpften Markt für Hypothekarkredite», führt Binswanger aus. Dies habe die Zinsen weiter nach unten gedrückt. Deshalb sei die Suche nach neuen Einnahmequellen nur logisch. CLAUDIA GNEHM